



Abstimmen
nicht vergessen
1x Nein
2x Ja
23. September
Seite 5



Basisdemokratie in Lugano

Nach einem Parteitag mit intensiven Diskussionen, vielen Abstimmungen und einigen Wahlen hat die SP unter anderem zwei neue Vizepräsidentinnen und ein Positionspapier zur Migrationspolitik.

Seiten 2 und 3

NACHRUF



Alt-Bundesrat **Otto Stich** ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Ein Nachruf von Oswald Sigg.

Seite 7

VOLLGELD



Künftig soll nur noch die **Nationalbank Geld schöpfen** dürfen. Eine Initiative mit der entsprechenden Forderung soll im Winter lanciert werden.

Seiten 6 und 7

FRIEDENSKONGRESS



Vor 100 Jahren fand in Basel der grosse **internationale Friedenskongress** statt.

Seiten 14 und 15

Appuntamento del PS

Während zweier Tage haben rund sechshundert Delegierte und Gäste der SP Schweiz in Lugano debattiert, abgestimmt und gewählt. Und natürlich auch ein wenig gefeiert. Ein Überblick.

Das Papier

Am meisten zu diskutieren gab in Lugano der Entwurf für ein Positionspapier zur Migrationspolitik. Zahlreiche Basismitglieder und Sektionen hatten sich im Vorfeld an der Diskussion dazu beteiligt. In zwei Antragsrunden waren insgesamt an die tausend Anträge eingegangen, was etwa der Menge der Anträge zum Parteiprogramm von 2010 entspricht.

Flankierende Massnahmen plus

Neu an der im Migrationspapier ausgeführten Position der SP Schweiz ist insbesondere, dass die Chancen und Herausforderungen der Migration in einen umfassenden politischen Kontext gestellt werden. Es wird aufgezeigt, dass Steuer-, Bildungs-, Wohnbau- oder auch Aussenwirtschaftspolitik massgebliche Auswirkungen auf die Zuwanderung haben. Und

dass darum all diese Aspekte bei migrationspolitischen Fragestellungen einbezogen werden müssen. Kernstück des Migrationspapiers ist die Personenfreizügigkeit mit zusätzlichen flankierenden Massnahmen («Flankierende Massnahmen plus»). So wird verlangt, dass die flankierenden Massnahmen in ihrer heutigen Form gestärkt und zusätzlich auf den Wohnungsmarkt, das Bildungswesen oder die Infrastruktur ausgeweitet werden.

Mit grossem Mehr verabschiedet

Nach zweitägiger intensiver Debatte wurde das Migrationspapier mit wenigen Gegenstimmen verabschiedet. Änderungen gegenüber dem Entwurf der Geschäftsleitung gab es insbesondere bei den umstrittenen Zwangsaus-

schaffungen: So sprach sich eine Mehrheit der Delegierten gegen Level-4-Ausschaffungen aus, Ausschaffungen also, bei denen die Asylsuchenden an Stühle gefesselt werden und

Kernstück des Papiers ist die Personenfreizügigkeit.

einen Schutzhelm tragen müssen. Ebenfalls aus dem Papier gestrichen wurden die Integrationsvereinbarungen. Eine weitere Änderung betrifft das Nothilfe-Regime, das nicht mehr zur Anwendung kommen soll. Zusätzlich aufgenommen wurde dagegen die Forderung, dass in der Schweiz geborene Kinder nach fünf Jahren automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhalten sollen.



Bilder: Parteitag, Gabriëlle Moletti

a Lugano

Die Gewählten

Mit Standing Ovations wählten die Delegierten Christian Levrat für weitere zwei Jahre zum Präsidenten der SP Schweiz.

Im Vizepräsidium bestätigt wurden Jacqueline Fehr, Marina Carobbio und David Roth. Aufgrund der Rücktritte von Stéphane Rossini und Pascale Bruderer waren im Vizepräsidium zwei Sitze frei geworden. Für den Sitz von Ros-

sini stellten sich die Waadtländerin Géraldine Savary und der Genfer Carlo Sommaruga zur Wahl, für denjenigen von Bruderer Barbara Gysi aus Wil und der Bieler Hans Stöckli. Gewählt wurden die Nationalrätin Barbara Gysi und die Ständerätin Géraldine Savary.

Neben dem Präsidium wurde auch die Geschäftsleitung der SP Schweiz neu bestellt. Neu gewählt wurden Vera Ziswiler, Mario Carera und Lathan Suntharalingam.



Parteipräsident Christian Levrat gratuliert den beiden neuen Vizepräsidentinnen Barbara Gysi (links) und Géraldine Savary.



Sie wurden mit grossem Applaus von den Delegierten verabschiedet: Pascale Bruderer ...



... und Stéphane Rossini.



Die neu gewählten Geschäftsleitungsmitglieder Lathan Suntharalingam, Vera Ziswiler und Mario Carera

Kurzfassung Parteiprogramm

Zum Parteiprogramm der SP Schweiz, das im Oktober 2010 in Lausanne von den Delegierten verabschiedet wurde, gibt es neu eine Kurzfassung, verfasst von Willy Spieler (SP Zürich). Ebenfalls verabschiedet wurde eine Kürzestversion des Lausanner Programms – auf einer A4-Seite in 10 Punkten zusammengefasst. Das 10-Punkte-Programm wurde von Matthias Aebischer (Nationalrat BE), Cesla Amarelle (Nationalrätin VD) und Carlo Lepori, (designierter Kopräsident SP 60 plus, TI) verfasst.

SP MigrantInnen

Der Parteitag hat eine Resolution verabschiedet, mit der die Geschäftsleitung beauftragt wird, den Aufbau der SP MigrantInnen zusammen mit deren provisorischem Vorstand voranzutreiben. Die SP MigrantInnen soll von unten aufgebaut werden und im Falle guten Gelingens nach einer Aufbauphase von zwei Jahren mit den gleichen statutarischen Rechten wie die Juso und die SP Frauen ausgestattet werden. Ziel der SP MigrantInnen ist es, allen in der Schweiz lebenden Migrantinnen und Migranten, welche die sozialdemokratischen Grundwerte teilen, innerhalb und ausserhalb der Partei zu mehr politischer Partizipation und Repräsentanz zu verhelfen.

Verschobene Geschäfte

Wegen Zeitmangels wurde die Behandlung mehrerer Resolutionen und statutarischer Geschäfte auf die nächste Delegiertenversammlung verschoben, die am 1. Dezember 2012 in Thun stattfindet. Insbesondere betrifft dies die Statutenänderungen in Zusammenhang mit der Einsetzung eines Gleichstellungsrats und des neuen Organs SP 60+ sowie eine Resolution, die parteiinterne Vorwahlen im Fall des Rücktritts eines Bundesratsmitglieds verlangt. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag des PS Valais romand, der forderte, die Diskussion um die Parteienfinanzierung bereits am Parteitag in Lugano zu führen. Aufgrund der Ablehnung wird die Diskussion um die Parteienfinanzierung wie vorgesehen an der Delegiertenversammlung vom 1. Dezember geführt.

Abstimmungsparolen

Der Parteitag hat folgende Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 25. November 2012 beschlossen.

- Ja zur Änderung des Tierseuchengesetzes
- Nein zu den Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und dem Vereinigten Königreich



Die SP Schweiz wird sich mit allen Mitteln gegen den «raddoppio» – die Verdoppelung – am Gotthard wehren.

Ein vergiftetes Geschenk

Die SP Schweiz ist gegen den Bau einer zweiten Strassenröhre am Gotthard. Nötigenfalls wird sie das Referendum dagegen ergreifen. Diese Position bekräftigte die Basis am Parteitag mit der Verabschiedung einer Resolution.

Damit der Strassenverkehr während der Sanierung des Gotthardtunnels ungehindert weiterrollen kann, will der Bundesrat eine zweite Tunnelröhre bauen. Dagegen wird sich die SP entschieden wehren. Eine zweite Gotthardstrassenröhre ist nicht notwendig. Vielmehr würde sie zu einer Zunahme des Transitverkehrs führen, was schlimme Konsequenzen für den Alpenraum und für die Bevölkerung hätte, die auf der Nord-Süd-Achse an der A2 und der A13 lebt. Ein Ausbau des Gotthardtunnels würde überdies das vom Volk mehrmals beschlossene und in der Verfassung verankerte Ziel der Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene torpedieren. Mit einer Resolution forderten die SP-Kantonalparteien Tessin, Graubünden, Uri und Schwyz die SP Schweiz darum auf, den Bau einer zweiten Gotthardröhre mit allen Mitteln zu verhindern – parlamentarisch und falls notwendig mit der Lancierung eines Referendums. Die Resolution wurde ohne Gegenstimme von den Delegierten verabschiedet. Sie fordert gleichzeitig, die SP Schweiz müsse sich dafür einsetzen, dass die Nord-Süd-Verbindung während der Sanierung des Tunnels garantiert ist, ohne dass dabei die Strassenkapazität erhöht wird oder der Transitverkehr auf die San-Bernardino-Route ausweicht.

Tessiner Ärzte gegen die zweite Röhre

Im Rahmen eines runden Tisches sprachen sich drei bekannte Tessiner Ärzte vor den Delegierten gegen den Bau der zweiten Tunnelröhre aus: Alt-Nationalrat und Onkologe

Franco Cavalli, Augusto Gallino, Kardiologe am Tessiner Spital San Giovanni, und Giorgio Nosedo, Chef des biomedizinischen Institutes von Bellinzona und Präsident des Schweizerischen Krebsregisters. Bereits Ende Juni waren die drei Mediziner mit einem Appell an den Bundesrat gelangt. Sie bezweifeln, dass ein so teurer Ausbau des Gotthards nicht früher oder später vollständig genutzt wird. Und sie warnen vor den drohenden Folgen für

die Gesundheit der Bevölkerung entlang der Nord-Süd-Achse, die bereits heute besonders starken Feinstaub-Belastungen ausgesetzt ist. Entgegen der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit stehe die Tessiner Bevölkerung alles andere als geschlossen hinter einem Ausbau des Gotthards, sagte die Vizepräsidentin der SP Schweiz, Marina Carobbio, dazu: «Mit einer zweiten Tunnelröhre droht massiver Mehrverkehr und damit mehr Lärm und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität und insbesondere der Gesundheit der Menschen. Viele Tessinerinnen und Tessiner sind deshalb entschieden dagegen.» (aba)



Tessiner Ärzte gegen die zweite Gotthardröhre: Runder Tisch mit Augusto Gallino, Franco Cavalli und Giorgio Nosedo (v.l.n.r.), unter der Leitung von Edy Bernasconi («La Regione», Zweiter von rechts).

NEIN ZUR INITIATIVE «SICHERES WOHNEN IM ALTER»

Nein zum Generationenkonflikt

Am 23. September stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über neue Steuerprivilegien ab. Der Vorteil soll aber nur einer kleinen Minderheit zugutekommen: Profitieren kann, wer erstens ein Haus oder eine Wohnung besitzt und zweitens pensioniert ist. So lautet die Forderung der Initiative mit dem verlockenden Titel «Sicheres Wohnen im Alter».

Der Hauseigentümerverband, der die Initiative lanciert hat, versucht nun bereits zum dritten Mal in Folge, seiner Klientel steuerliche Vorteile zu verschaffen. Diesmal sind die Nutzniessenden die Pensionierten: Sie sollen bei der Besteuerung ihres Wohneigentums die Wahl haben, ob sie den Eigenmietwert wie bisher versteuern wollen oder nicht. Als kleiner Gegenwert würde einzig der Abzug des Hypothekenzinses wegfallen.

Die Initiative strotzt jedoch vor Ungerechtigkeiten: Nicht alle Pensionierten würden nämlich in gleicher Weise profitieren. Einige wenige Reiche unter ihnen würden ganz besonders bevorzugt – ganz nach dem Motto «Wer hat, dem wird gegeben». Dank der Steuerprogression würden sie nämlich mehr Steuern sparen und jene unter ihnen, die aufgrund ihres hohen Einkommens oder Vermögens die Hypothek bereits zurückzahlen konnten, würden noch zusätzlich privilegiert.

Für ihre Privilegien aufkommen müssten alle anderen. Das Nachsehen hätten zunächst Rentnerinnen und Rentner mit kleinerem Einkommen. Ausserdem schürt diese Initiative den Generationenkonflikt, weil jüngere Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer, aber auch Mieterinnen und Mieter Steuerausfälle in Milliardenhöhe finanzieren müssten.

Schliesslich haben wir es mit der Alterswohn-Initiative mit einem Unikum zu tun: Die Wahlmöglichkeit für eine bestimmte Altersgruppe wäre im Steuersystem einmalig. Die Wahlmöglichkeit für Personen im Rentenalter hat nur einen Zweck: Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer sollen ihre Steuern optimieren können. In jungen Jahren sollen sie dank einem hohen Abzug bei den Hypozinsen profitieren. Ist der Kredit einmal abbezahlt, sollen sie zu einem System wechseln können, in dem sie wieder Steuern sparen können. Das ist nicht gerecht.

Auch ich setze mich für sicheres Wohnen im Alter ein. Aber für alle, nicht nur für ein paar reiche Pensionierte. Aber ich will nicht, dass die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Ich will keinen Graben zwischen reichen und weniger begüterten Pensionierten und ich will keine Grenzlinie zwischen Vermietern und Mietern. Sagen wir darum am 23. September auch ein drittes Mal Nein zu Steuerprivilegien für einige wenige!

Christian Levrat



Ja zur Jugendmusikförderung

- Musik ist Teil unseres kulturellen Selbstverständnisses. Die Bevölkerung zeigt eine rege Beteiligung an musikalischen Aktivitäten, in Ausbildung und Freizeit.
- Die Chancengleichheit beim Zugang zu ausserschulischem Musikunterricht ist nicht für alle gegeben. Gerade für ärmere Familien ist eine Förderung der Kinder unbezahlbar.
- Musikschulen sind bislang nur in wenigen Kantonen in die Bildungsgesetzgebung eingebunden.

- den. Arbeitsbedingungen und Fachausbildung für Musiklehrpersonen sind teilweise ungenügend, ihr Status soll mit dem Bundesbeschluss verbessert werden.
- Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik: Mit der musikalischen Bildung werden kognitive, motorische und soziale Fähigkeiten gefördert.
- Musik dient der Gesundheit und der Gewaltprävention und ist ein wichtiger Teil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung.

Ja zum Schutz vor Passivrauchen

- Wirksamer und umfassender Gesundheitsschutz: Mehr als 60 % der Bevölkerung sind immer noch ungenügend vor dem Passivrauchen geschützt.
- Zahlreiche Angestellte im Gastgewerbe sind dem Tabakrauch täglich ausgesetzt. Niemand, der dringend eine Arbeit sucht, wird die Arbeit in einem Fumoir verweigern.
- Einheitliche Regelung: Der Föderalismus führt zu absurden Situationen. Eine nationale Lösung

- sorgt bei der Kundschaft für Klarheit und schafft einheitliche Bedingungen.
- Senkung der Gesundheitskosten: Die Kosten des Passivrauchens werden auf rund 500 Millionen Franken geschätzt, etwa zehn Prozent der Kosten des Aktivrauchens.
- Gesundheit für alle: Die Freiheit der einen zu rauchen hört dort auf, wo die Freiheit jener beginnt, die nicht unfreiwillig Rauch inhalieren und dabei krank werden wollen.

Die Vollgeld-Initiative

Unsere Geschäftsbanken schöpfen aus dem Nichts Geld. Im Winter will der Verein Monetäre Modernisierung eine Initiative lancieren, die verlangt, dass dieser Akt künftig der Nationalbank vorbehalten ist.

Die wenigsten Leute wissen, dass das meiste Geld im Umlauf einer modernen Volkswirtschaft nicht von der Notenbank, sondern von privaten Geschäftsbanken stammt. Wenn ich mein Haus oder sonst ein Projekt mit einem Bankkredit finanziere, so ist davon nur ein Bruchteil mit Geld der Nationalbank unterlegt. Den Rest schöpft meine Bank aus dem Nichts. Aber sie verlangt von mir dafür alle Sicherheiten und einen satten Zins.

Nur die Nationalbank soll Geld schöpfen

In diesen für viele mysteriösen Kern des Kapitalismus zielt die Vollgeld-Initiative, die seit einigen Monaten vorbereitet wird und noch diesen Winter lanciert werden soll. Sie beleuchtet den Zusammenhang von Vermögen und Schulden, von Zinssystem und Wachstumszwang, von öffentlicher Ordnung und privaten Entscheiden. Es geht darum, dass in Zukunft nur noch die Nationalbank als unabhängige und aufgewertete vierte Gewalt im Staat (Monetative) Franken schöpfen darf. Sie könnte dann die Geldmenge besser steuern, weil Bankkredite voll mit Notenbankgeld unterlegt sein müssten. Die Versorgung der Volkswirtschaft mit Geld würde zum Service public und die Seigniorage, der Gewinn aus der Geldschöpfung, käme (wie ehemals der Prägegewinn) dem Souverän zugute.

Meine Bank schöpft Geld aus dem Nichts und verlangt von mir dafür alle Sicherheiten und einen satten Zins.

Revival eines Modells aus den Dreissigern?

Dieses Modell, das schon in der Krise der 30er-Jahre entwickelt worden ist, wird heute angesichts der Abhängigkeit des öffentlichen Sektors von der Finanzwirtschaft wieder attraktiv. In Deutschland und den USA, aber auch seitens des Internationalen Währungsfonds IWF diskutiert man seine Realisierungschancen. Manche fragen sich zu Recht, weshalb viele Staaten, die ihre maroden Banken gerettet haben, nun teure Bankkredite aufnehmen müssen, um ihre Staatsdefizite zu finanzieren. Es gehört wohl zum Finanzmarktkapitalismus, dass er aus öffentlicher Verschuldung Profit zu schlagen weiss und die Politik als Gefangene vor sich hertreibt.

Das gilt leider auch für die Schweiz. Vier Jahre nach dem ersten Höhepunkt der Bankenkrise halten die Grossbanken noch immer nicht genügend Eigenmittel, um eine Krise wie Anfang der 90er-Jahre ohne Staatshilfe überstehen zu können. Die Politik ist unfähig, ein Trennbankensystem, allenfalls ein Verbot oder wenigstens eine Beschränkung des Eigenhandels durchzusetzen, obwohl man die Gefährlichkeit solcher Geschäfts-

praktiken kennt. Statt einer Belastung von Finanztransaktionen (zum Beispiel mit einer Tobin-Steuer auf Devisenspekulationen) wird der ganze Finanzsektor steuerlich entlastet (Stempelsteuer für alle Obligationen, nicht nur für CoCos) und nur mangelhaft reguliert (Hedgefonds). Und wenn die Banken es für nötig halten, ändert der Bundesrat innert weniger Wochen seine Meinung in rechtsstaatlich wesentlichen Fragen (Auslieferung von Daten über Bankmitarbeiter an die USA). Falls der Staat Kredite braucht, ist er auf die gewinnorientierten Geschäftsbanken angewiesen; seit



Die Vollgeld-Initiative fordert, dass nur noch die Nationalbank neues Geld in Umlauf bringen darf.

DER VEREIN MONETÄRE MODERNISIERUNG

Der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) setzt sich laut seinem Gründungsprotokoll dafür ein, dass «die Finanzwirtschaft in den Dienst der Realwirtschaft und das Geldsystem in den Dienst der Menschen» gestellt wird. Das Ziel des Vereins ist, in der Schweiz eine öffentliche Diskussion über eine Vollgeldreform zu starten. Dafür soll unter anderem im Winter eine Volksinitiative lanciert werden. Der Verein Monetäre Modernisierung hat einen überparteilichen Vorstand und einen wissenschaftlichen Beirat,

dem namhafte Schweizer Wissenschaftler angehören.

→ www.vollgeld.ch

LITERATUR Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.): Die Vollgeld-Reform – wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können. Mit Beiträgen von Hans Christoph Binswanger, Joseph Huber und Philippe Mastroradi. Edition Zeitpunkt, 2012. 80 Seiten Fr.12.50

2004 ist es der Nationalbank explizit verboten, dem Bund Kredit zu gewähren.

Berührungspunkte überwinden

Auch wenn man nicht voll überzeugt ist, dass Rezepte aus den 30ern taugen, um die Probleme einer kleinen, in die Welt(finanz)märkte integrierten Volkswirtschaft im Alleingang anzugehen, wäre es schon rein taktisch verheerend, die Vollgeld-Initiative vorschnell abzulehnen. Im Zeichen des Finanzmarktkapitalismus muss die Sozialdemokratie ihre Berührungspunkte gegenüber Aktionen überwinden, die auch von

freiwirtschaftlicher Seite und bei Bewegungen wie Occupy Paradeplatz Unterstützung finden. Zumindest solange wir nicht Mehrheiten für eigene Konzepte mobilisieren können, die der Dominanz der Finanzwirtschaft über die Realwirtschaft Einhalt gebieten.



Peter Hablützel ist Autor des Buches «Die Banken und ihre Schweiz» (2010). Von 1980 bis 1983 war er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Willi Ritschard und von 1989 bis 2005 Direktor des Eidgenössischen Personalamtes.



NACHRUF

Wie es begann

Am Mittag nach seiner überraschenden Wahl in den Bundesrat lud die SP-Fraktion ins Hotel Bern zur Wahlfeier ein. Es war festlich aufgetischt im grossen Saal im ersten Stock, doch fast die Hälfte der Plätze blieb leer. Nicht wenige Fraktionsmitglieder hatten schon die Vereinigte Bundesversammlung vorzeitig verlassen und mochten nun an den Feierlichkeiten nicht mehr teilnehmen. Die Stimmung im



Saal war gedämpft, die Reden nicht gerade unvergesslich und einige Gäste brachen sofort nach dem Dessert auf, obschon jetzt noch Kaffee und eine exquisite Auswahl von gebrannten Wassern serviert wurden.

Das war kein fulminanter und vielversprechender Auftakt der Amtszeit von Bundesrat Otto Stich. Doch drei Wochen später im Bernerhof, dem Sitz des Eidgenössischen Finanzdepartements, dessen Chef er nun geworden war, herrschte eine aufgeräumte Stimmung. Nach dem jähen Tod Willi Ritschards war das Finanzdepartement drei Monate lang nebenher vom Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrat Georges-André Chevallaz, geführt worden. Nun waren wir im Bernerhof froh, wenigstens wieder einen eigenen Bundesrat zu haben. Aber in der SP war man noch keineswegs zur Tagesordnung übergegangen. Viele GenossInnen waren nach der Schmach der Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen der Meinung, die SP solle nun auch das Bundesratszimmer verlassen. Ein ausserordentlicher Parteitag wurde vorbereitet, um die Frage «Regierungsbeteiligung oder Opposition?» zu klären.

Da sass dann eines Samstags im Februar 1984 auf der Bühne des Berner Kursaals stundenlang und seelenruhig Otto Stich und harrete der Dinge, die da kommen würden. Im Saal herrschte dicke Luft. Am Rednerpult wurde zur Revolution und zum Gegenteil aufgerufen und dann wieder die Vernunft angemahnt. Der Parteitag beschloss schliesslich in einer Art demokratischer Überwindung das Verbleiben in der Regierung. Nun war die SP wieder mit sich im Reinen und für Otto Stich war dieser Tag im Berner Kursaal die Basis für sein erfolgreiches Wirken. *Oswald Sigg*

Der Autor arbeitete von 1980 bis 1988 als Informationschef des Eidgenössischen Finanzdepartements für die SP-Bundesräte Willi Ritschard und Otto Stich.

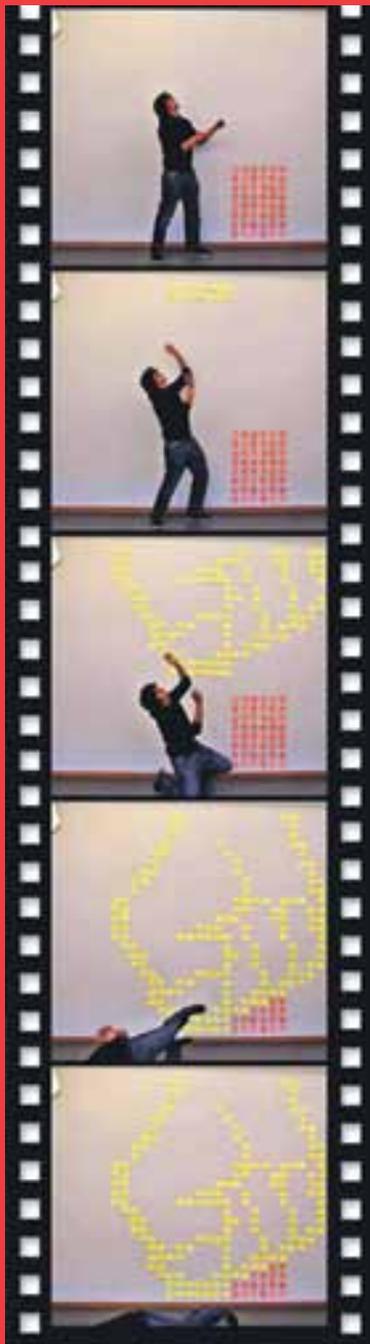
Mit Post-it für faire Arbeit

Mit einem witzigen Film zeigt Solidar Suisse auf, wie nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit funktioniert. Mit der Aktion werden BotschafterInnen für faire Arbeit gesucht.

Der kurze Film aus unzähligen Post-it-Zetteln zeigt: Weltweit haben Millionen von Menschen zwar Arbeit, können aber vom Lohn nicht leben. Und sie haben keine Rechte, sich gegen Ausbeutung zu wehren.

Solidar Suisse setzt sich mit seinen Projekten für faire Arbeitsbedingungen ein. Du kannst dieses Engagement unterstützen, indem du BotschafterIn für faire Arbeit wirst. Mit 30 Franken im Jahr bist du dabei.

Anmelden und den Film anschauen kann man unter www.solidar.ch/film



Hausverein
SCHWEIZ

Für umweltbewusste
und faire EigentümerInnen

Tel. 031 311 50 55
kontakt@hausverein.ch



Silva Semadeni, Nationalrätin SP

Die linke Alternative zum Hauseigentümergeverband.

Jetzt beitreten!

Mitgliedschaft bis Ende Jahr gratis

www.hausverein.ch

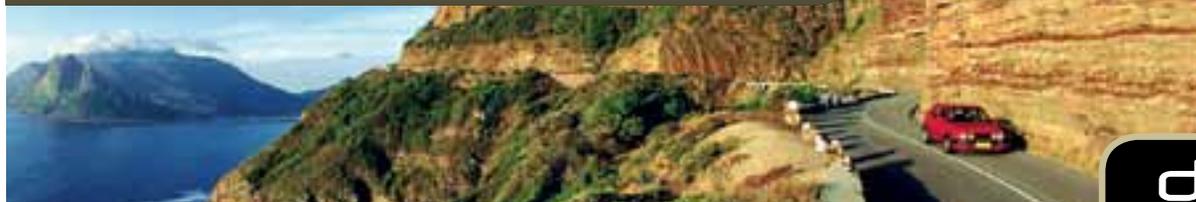


Für Inserate im links

Kilian Gasser
Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12
6460 Altdorf
T 041 871 24 46
M 079 443 55 21
F 041 871 24 47
kg (at) kiliangasser.ch

Dreamtime Travel in Baden bietet weltweit erste, komplett «Fair Trade» zertifizierte Reisen an. Mit dem Gütesiegel «Fair Trade in Tourismus Südafrika» wurden erstmals Tourismusbetriebe anhand der internationalen «Fair Trade» Richtlinien ausgezeichnet.

Setzen Sie ein Zeichen und berücksichtigen Sie eine Tourismusform in Einklang mit der Bevölkerung und der Natur.



dreamtime
TRAUMZIELE TRAUMREISEN

Mehr Details finden Sie unter www.fairreisen.ch Dreamtime Travel AG · 5401 Baden · 056 410 01 01

Ein Basel – ein Projekt

Die politische Landschaft in unserer Region wird seit diesem Sommer durch die neu lancierten Initiativen für eine Fusion der beiden Basel aufgemischt. Was längst die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen in unserer Agglomeration prägt, soll auch politische Wirklichkeit werden: ein Basel – ein Kanton!

Eine alte Geschichte?

Die Sozialdemokratie hat die früheren Bestrebungen für eine Wiedervereinigung der beiden Basel stets unterstützt, in beiden

Kantonen. Zum einen, weil unsere Politik stets darauf ausgerichtet war, künstliche Grenzen und Barrieren der Zusammenarbeit zu überwinden. Zum andern, weil

ein gemeinsames Basel auch gesellschaftspolitisch einen Gewinn darstellt. Die Rechtsungleichheit, die während 180 Jahren trennend zwischen Stadt und Land stand, ist längst überwunden. Heute geht es um die gemeinsamen Herausforderungen einer sozialen und ökologischen Umgestaltung und um die Vertretung unserer Region in der Schweiz und im europäischen Umfeld.

Partnerschaftspolitik an den Grenzen

Die Partnerschaftspolitik, die seit den 1970er-Jahren viele Fortschritte erreicht hat, stösst immer mehr an ihre Grenzen. Zum einen durch Referenden und eine eigenbrötlerische Bremsspolitik, die ausgerechnet von jenen Kreisen getragen werden, die nun die Partnerschaft als Alternative zur Fusion portieren wollen. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass das intensive Geflecht von weit über 100 Staatsverträgen mitunter eine Komplexität erlangt hat, die oft kaum mehr zu überblicken ist. Die Dichte von Staatsverträgen hat aber auch noch eine Nebenwirkung: Je mehr die Belange zwischen den Kantonen durch Staatsverträge geregelt werden, desto grösser wird der Bereich, in dem die demokratische Gestaltungsmöglichkeit bloss auf ein simples Ja- oder Nein-Sagen reduziert wird. Die Doppelspurigkeiten und Leerläufe in den Verwaltungen, bei der Spitalplanung, in der Wirtschaftsförderung, aber auch ganz allgemein in der Gesetzgebung und im Vollzug lasten auf unserer Region.

All das führt zu einer Lähmung der Gestaltungskraft. Gemeinsame Planung, übergreifende Visionen und Entwicklungsschritte

fehlen. Allzu oft versumpfen die Perspektiven für eine regionale Politik in den Untiefen von kleinräumigen Eifersüchteleien und protektionistischer Selbstgenügsamkeit.

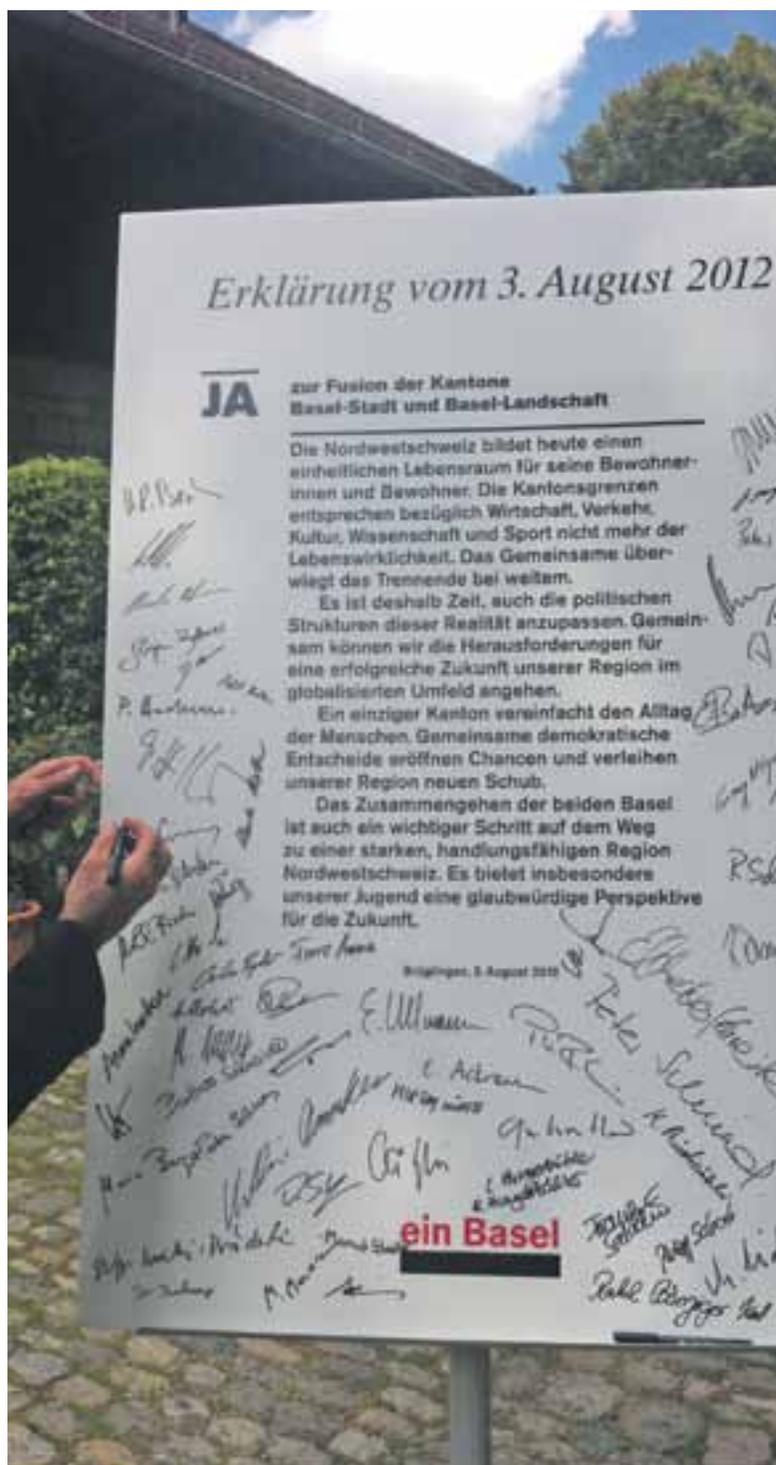
Ein Aufbruch ist nötig!

Es braucht den Aufbruch. Aber auch ein Kanton Basel bleibt, gemessen an den Dimensionen des Umfelds, ein kleinräumiges Konstrukt. Zu recht wird immer wieder gesagt, dass die Zielsetzung ein Kanton Nordwestschweiz sein muss. Voraussetzung für ein solches Konstrukt der Zukunft ist allerdings auf staatsrechtlicher Ebene, dass es einen Kanton Basel gibt, dem sich zu einem späteren Zeitpunkt weitere Gebiete anschliessen könnten. Das soll auch die Perspektive sein. Es geht nicht um eine rückwärtsgewandte Wiedervereinigung, sondern um

Es geht nicht um eine rückwärtsgewandte Wiedervereinigung, sondern um einen prospektiven, produktiven Fusionsprozess.

einen prospektiven, produktiven Fusionsprozess.

Es braucht in diesem Prozess aber auch die Inhalte einer sozialdemokratischen Politik, wie das in einer gemeinsamen Medienmitteilung der SP Basel-Stadt und Baselland zur Lancierung der Fusionsinitiativen hervorgehoben worden ist. Hier müssen wir an die Arbeit gehen. So widmet die SP Baselland ihren Parteitag vom 20. Oktober 2012 in Frenkendorf diesen Perspektiven. Und in der SP Basel-Stadt wird dieses Thema in einer Arbeitsgruppe bearbeitet und Anfang 2013 an einem Parteitag diskutiert!



Ruedi Brasser
Landrat und Sekretär
der SP Baselland



ZWEITE ZWISCHENBILANZ «SOLARKANTON SOLOTHURN»

SP ist im Kantonsrat «Marktleader»

Vor etwas mehr als einem Jahr hat der SP-interne Fachausschuss Energie das Projekt «Solarkanton Solothurn» lanciert (s. links 121 und 125). Mit mehreren Vorstössen im kantonalen Parlament prägen wir aktuell die energiepolitische Diskussion im Kanton. Nach einer ersten Zwischenbilanz im vergangenen Frühling dürfen wir jetzt über weitere Erfolge im Kantonsrat berichten.

Verbot von Elektroheizungen

Fabian Müller verlangt in seinem Auftrag, welcher mit 49:39 Stimmen erheblich erklärt wurde, dass Neuanlagen von Elektroheizungen verboten werden sollen. Weiter soll im Energiegesetz festgeschrieben werden, dass bestehende Elektroheizungen nicht erneuert werden dürfen und ab Inkrafttreten des Energiegesetzes durch andere Heizsysteme ersetzt werden müssen. Im Weiteren sollen alle Elektroheizungen bis 2025 ersetzt werden müssen.

Energieeffizienzoffensive

Gemäss dem Auftrag von Urs Huber soll der Regierungsrat mehr Gelder bereitstellen, mit denen Projekte zur Förderung der Energieeffizienz stärker unterstützt werden können. Mit grosser Mehrheit wurde auch dieser Auftrag vom Kantonsrat angenommen.

Erarbeitung eines Richtplans Energie

Dem Auftrag von Fabian Müller, dass die Gemeinden oder Regionen einen behördenverbindlichen Richtplan Energie erstellen und diesen regelmässig aktualisieren müssen, hat

der Kantonsrat in abgeänderter Form zugestimmt. Beschlossen wurde, dass der Regierungsrat mit der Überarbeitung des kantonalen Energiekonzepts prüfen soll, ob bestimmte Gemeinden eine behördenverbindliche Energieplanung vornehmen müssen. Eine Zustimmung zu unserem ursprünglichen Auftrag wäre uns lieber gewesen, politisch war aber nur der Kompromissvorschlag der Regierung durchsetzbar. Wir werden bei der Diskussion des Energiekonzepts mit Bestimmtheit auf diesen Punkt zurückkommen und weitergehende Anträge stellen.

Erstellung eines Solarkatasters

Philipp Hadorn verlangt in seinem Auftrag, dass der Regierungsrat einen Solarkataster des Kantons Solothurn erstellt. Damit kann die Dachlandschaft des Kantons auf bestehende Potenziale zur Nutzung der Sonnenenergie hin überprüft werden und alle können sich kostenlos ein Bild darüber machen, ob ihr Dach zur Gewinnung von Solarenergie geeignet ist. Auch diesem Vorschlag ist der Kantonsrat mit 46:45 Stimmen ganz knapp gefolgt. Ein toller Erfolg für die SP Kanton Solothurn.

Neue erneuerbare Energien an den Schulen

Der Auftrag von Fabian Müller verlangt, dass in Schulhäusern in kantonaler Zuständigkeit, die jetzt oder in Zukunft mit Anlagen für die Nutzung von neuen erneuerbaren Energien ausgerüstet sind bzw. werden, durch eine kantonale Finanzierung sichergestellt wird, dass Zusatzeinrichtungen (Messgeräte, Monitore, usw.) mit dem nötigen Demonstrationseffekt für den Unterricht eingebaut werden können.

Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt bei den betroffenen Schulhäusern jeweils zu prüfen, welche konkreten technischen Möglichkeiten bestehen, um mit Zusatzeinrichtungen den Unterricht zum Thema «Erneuerbare Energien» zu unterstützen. Der Kantonsrat hat diesem Vorgehen inklusive der SP-Fraktion zugestimmt.

Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen

Fabian Müller möchte den Regierungsrat beauftragen, in einem Bericht das sinnvolle Potenzial der Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen (Wasserversorgungen, Abwasserreinigungsanlagen, Kehrrichtverbrennungsanlagen) aufzuzeigen und darzulegen, wie die Förderung und Umsetzung solcher Projekte vom Kanton unterstützt bzw. vorgeschrieben werden kann. Ziel ist, dass durch den Einsatz effizienter Techniken in diesen Anlagen der Energieverbrauch und somit auch die Energiekosten wesentlich gesenkt werden können. Nach einer äusserst harten Debatte wurde dieser Auftrag ganz knapp mit 50:48 Stimmen angenommen.

Wir freuen uns über die Erfolge auf dem Weg zum Solarkanton Solothurn. Als «Marktleader» wird sich die SP auch weiterhin für die Nachhaltigkeit, die Umwelt und erneuerbare Energie einsetzen.

VORSTÖSSE

Folgende unserer energiepolitischen Vorstösse wurden vom Kantonsrat noch nicht behandelt. Sie können alle detailliert unter www.sp-so.ch nachgelesen werden.

- Auftrag Fabian Müller: Auf jedes Dach von kantonalen Gebäuden eine Solaranlage
- Auftrag Urs Huber: Revision der kantonalen

Planungs- und Baugesetzgebung mit dem Ziel, den Energieverbrauch im Gebäudebereich massiv zu senken und neue Energien zu fördern

- Auftrag Fabian Müller: Solarenergie bei Neubauten
- Interpellation Philipp Hadorn: Das Biogaspotential des Kantons Solothurn und dessen möglichst umfassende Nutzung

Fabian Müller, Kantonsrat
Fachausschuss Energie
der SP Kanton Solothurn





SP FRAUEN

Danke, Barbara!

Es war ein heisser Samstag, der 18. August 2012 in Lausanne, nicht nur wegen des schwülen Wetters. An der Frauenkonferenz der SP Frauen Schweiz stand



die Wahl der deutschsprachigen Vertretung im Co-Präsidium auf der Traktandenliste; eine Vertretung der Romandes wird

erst im Herbst nominiert.

Neben der SP-Nationalrätin Yvonne Feri aus dem Aargau, die in Lausanne als Co-Präsidentin gewählt wurde, kandidierte auch Barbara Stalder Ritschard, die Präsidentin der SP Frauen Kanton Bern. Barbara war in den letzten Monaten an der intensiv geführten Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der SP Frauen Schweiz aktiv beteiligt. Sie arbeitete in der entsprechenden Arbeitsgruppe mit und sorgte mit engagierten Voten an den Delegiertenversammlungen der SP Schweiz für einen starken Frauenauftritt. Ich will Barbara herzlich für ihre Bereitschaft danken, sich für das Co-Präsidium der SP Frauen Schweiz zur Verfügung zu stellen. Ich hätte mir sehr gut ein intermistisches deutschsprachiges Co-Präsidium mit zwei politisch erfahrenen Frauen vorstellen können, bis eine Romande-Kandidatur vorliegt – ein entsprechender Antrag aus Zürich wurde aber abgelehnt. Ich danke Barbara für ihre Bereitschaft, den SP-Basisfrauen eine Stimme im Präsidium der SP Frauen Schweiz geben zu wollen, und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihr auf der kantonalen Ebene.

Angelika Neuhaus
Parteisekretärin SP Kanton Bern

Qualität für PatientInnen und Personal

Wer Reformen im Gesundheitsbereich anpackt, betritt einen dornenvollen Pfad. Das spürt zurzeit auch die Berner Regierung mit dem Spitalversorgungsgesetz. Doch was bedeuten Reformen für die Patientinnen und Patienten sowie die Angestellten im Gesundheitswesen? Marieke Kruit

Mit der Revision des Spitalversorgungsgesetzes reagiert die Berner Regierung auf die neue Spitalfinanzierung des Bundes via Fallpauschalen. Mit seiner Revision will der Regierungsrat sicherstellen, dass der vom Bund verordnete Wettbewerb unter den Spitälern weder die Gesundheitsversorgung gefährdet noch die Arbeits- und Anstellungsbedingungen des Personals verschlechtert. Und der Kanton soll – angesichts jährlicher Kosten von rund 1,1 Mrd. Franken – bei der Ausgestaltung des Spitalsystems mitreden können.

Steifer Gegenwind

Die Reaktionen auf die Vernehmlassungsvorlage zeigen einmal mehr, wie schwer es Gesundheitsreformen haben: Da ist die Rede von einem Machtkampf zwischen Regierung und Privatspitälern. Von Zwangsabgaben und Schmälern der Innovationsfähigkeit. SVP-Politiker prophezeien gar die Rückkehr zur Planwirtschaft.

Auch die SP meldete sich bereits zu Wort. In einer ersten Reaktion teilte sie mit, dass die Messlatte für ihre Beurteilung ist, ob mit dieser Vorlage «eine qualitative hochstehende und für alle Menschen zugängliche Gesundheitsversorgung» erreicht wird. Und die «Leistungen sollen effizient» erbracht werden.

Bessere Zusammenarbeit

Dies sind fraglos entscheidende Punkte. Nicht nur bei dieser Revision, sondern immer wenn es um die Gestaltung des Gesundheitsbereichs geht. Dieser ist reformbedürftig, auch wenn es unbestritten ist, dass wir eine Top-Gesundheitsversorgung haben. Stichworte dazu sind: Schnelle Aufnahmen, gut qualifiziertes Personal, qualitativ hochstehende

Behandlungen und neuste Technologien.

Doch dies alles hat seinen Preis. Und der steigt weiter wegen der eigentlich positiven Alterung der Bevölkerung und der

damit verbundenen Zunahme an Pflegefällen. Auch die schwierige Steuerung angesichts der vielen Akteure macht Reformen nötig. Folgerichtig sieht das neue bernische Spitalversorgungsgesetz eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Spitälern im Kanton vor.

Schutz des Personals

Und die Berner Regierung ist sich offenbar bewusst, dass sich der Kostendruck mit dem neuen Tarifsysteem wohl nochmals erhöht. Das neue Spitalversorgungsgesetz sieht daher Mindestanforderungen zu Arbeitszeit, Lohn und Sozialleistungen vor, denen die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen der Spitäler zu genügen haben. Damit muss auch die Lohngleichheit gesichert werden.

Schutz des Personals ist nötig. Wer wie ich im Gesundheitswesen arbeitet, weiss aus erster Hand, wie sich der zunehmende Kostendruck auswirkt: Abteilungen werden personell ausgedünnt oder gar geschlossen. Immer weniger Mitarbeitende sollen immer mehr Aufgaben bewältigen und Anforderungen genügen. Und das Ganze zu Löhnen, die beispielsweise bei den typischen Frauenberufen – wie in der Pflege – in krassem Missverhältnis zur grossen Verantwortung und der hohen Belastung stehen. Die Attraktivität der Berufe im Gesundheitswesen ist aus diesen Gründen am Sinken.

Vernehmlassung noch im Gang

Die Vernehmlassungsfrist zum Spitalversorgungsgesetz läuft im Herbst ab. Zu hoffen ist, dass am Schluss eine Revision verabschiedet wird, die dem Kanton Bern eine gute, nachhaltige, wirtschaftliche und personalverträgliche Gesundheitsversorgung bringt.



JMG, pixelio.de

«Die Löhne in der Pflege stehen in krassem Missverhältnis zur grossen Verantwortung und Belastung.»



Marieke Kruit ist Fachpsychologin für Psychotherapie FSP und leitet eine Tagesklinik. Sie kandidiert im Herbst für den Berner Stadtrat.

Doping für den Endspurt

Bei der Unterschriftensammlung für die Erbschaftssteuer kommen wir nun Richtung Zielgerade und beginnen mit dem nationalen Sammeltag am 22. September den Endspurt. Die SP Schweiz hat den Schlusspurt angezogen und euch ein «Sammelpaket Erbschaftssteuer» zusammengestellt, das ihr bestellen könnt. Um euch für das Sammeln Mut zu machen, haben wir zudem einige SupersammlerInnen gefragt, wie sie die Leute auf der Strasse ansprechen. Antonio Danuser



Andrea Jerger
Assistentin JUSO-Zentralsekretariat

Um einen Kontakt zu den Leuten herzustellen, sage ich:
«Grüezi. Haben Sie einen reichen Onkel, der bald stirbt? Nein? Dann unterschreiben Sie doch die Initiative.»

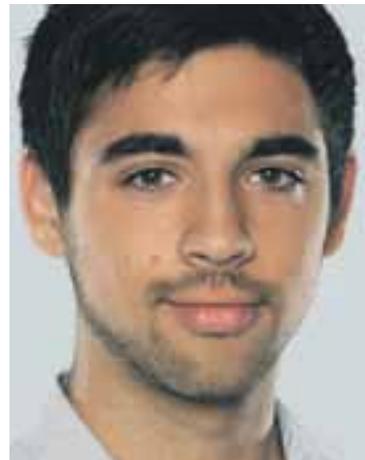
Das beste Argument, um die Leute zu einer Unterschrift zu bewegen, ist für mich:
Erben ist keine Leistung. Das ist ein sehr liberales Argument. Die Erbschaftssteuer betrifft nur jene, die das Glück haben, reiche Eltern zu haben.



Daniela di Gaspare
JUSO-Kandidatin Berner Stadtrat

Zum Einstieg sage ich jeweils:
«Hallo, hast du schon einmal im Lotto gewonnen?» (Geburtenlotto = Hinweis auf eine mögliche Erbschaft ab Geburt)

Wenn sich die Leute interessieren, benutze ich die wichtigsten Argumente, wie etwa:
Zwei Drittel der Einnahmen gehen an die AHV. Das gewährleistet eine gesicherte AHV, da diese zusätzlich durch die Erträge einer solchen Erbschaftssteuer finanziert wird. Dies würde allen zugute kommen und ist nur fair.



Adil Koller
Teilnehmer «Junge Perspektiven»

Mein Spruch ist jeweils etwa folgender:
«Grüezi! Haben Sie die Erbschaftssteuer-Initiative schon unterschrieben? Wir wollen, dass Millionenerbschaften besteuert werden. Dieses Geld fliesst dann in die AHV, damit es allen zugute kommt. Dafür sammeln wir jetzt. Möchten Sie unterschreiben?»



Jacqueline Badran
Nationalrätin ZH

Ich sage jeweils als Erstansprache:
«Sind Sie auch für eine sichere AHV?»

Dann sage ich, während dem Erklären der Initiative:
«Wir haben einen Freibetrag von zwei Millionen Franken. Sie sind also nicht gemeint. Auch wenn Sie ein Haus oder sogar ein Mehrfamilienhaus besitzen.»

SAMMELPAKET ERBSCHAFTSSTEUER

Um das Sammeln zu vereinfachen, bietet die SP Schweiz ein «Sammelpaket Erbschaftssteuer» an. Es beinhaltet:

- ein langes Argumentarium
- ein überarbeitetes Kurzargumentarium für die Sammelaktionen
- ein illustriertes Infoblatt mit der Geschichte von Charlie
- Plakate A2 und F4
- AHV-Kleber, die man für Verteilaktionen auf Äpfel kleben kann
- Unterschriftenbögen

Bestellungen: www.spschweiz.ch/sammelpaket



Unterschriftensammeln mit Charlie: Auf dem Infoblatt wird anhand der Geschichte von Charlie Rehmann die Erbschaftssteuer-Initiative erklärt.

«Krieg dem Kriege!» – 100 Jahre

Im November jährt sich zum hundertsten Mal der von der Zweiten Internationale einberufene Basler Friedenskongress

Die in Basel zahlreich versammelten Sozialistinnen und Sozialisten stellten damals vor den Augen der Weltöffentlichkeit in machtvoller Weise ihren Willen zur Erhaltung des «Weltfriedens» unter Beweis. Zwei Jahre bevor die europäischen Grossmächte zu den Waffen griffen, intensivierte der Kongress die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien. Mehrere Veranstaltungen und eine Neuerscheinung im Merian-Verlag erinnern an den Anlass und heben dessen historische und aktuelle Bedeutung hervor.

Der ausserordentliche Kongress

Aus Protest gegen den Ausbruch des ersten Balkankriegs entschloss sich am 28. Oktober 1912 die Exekutive der Zweiten Internationale, noch vor Ende des Jahres in Zürich oder Basel einen ausserordentlichen Kongress durchzuführen. Die Wahl fiel schliesslich auf Basel, wo 1869 bereits die Erste Internationale einen Kongress abgehalten hatte. Für die Basler Arbeiterschaft war es ein Rennen gegen die Zeit: In nur drei Wochen sollte sie einen Grossanlass vorbereiten, der den Friedenswillen der sozialistischen Bewegung demonstrieren sollte.

Trotz einigen organisatorischen Schwierigkeiten konnte der Kongress am 24. November 1912 beginnen. 555 Delegierte aus 23 Ländern befanden sich um 10.30 Uhr im Basler Volkshaus. Am Nachmittag folgte die Massenveranstaltung für die aus der ganzen Schweiz und den benachbarten Elsass und Baden angereisten Genossinnen und Genossen. Rund 10 000 Personen marschierten von der Kaserne zum Münster und hielten dort eine Friedenskundgebung ab. Im Inneren der Kirche sprachen unter anderen Hugo Haase, Hermann Greulich, James Keir Hardie, Victor Adler und Jean Jaurès. Draussen vor der Kirche – es gab noch keine Lautsprecher – hielten weitere prominente Vertreter der Sozialistischen Internatio-

nale Reden, darunter Robert Grimm, Edouard Vaillant und Alexandra Kollontai.

Nach diesem Höhepunkt verabschiedeten am Folgetag die Delegierten das Basler Friedensmanifest. Einige Punkte wurden kontrovers diskutiert. So führte etwa der Generalstreik als Mittel zur Verhütung von bewaffneten Konflikten zu lebhaften Diskussionen. Wie bereits an früheren Kongressen wurde der Generalstreik jedoch nicht in die Resolution aufgenommen. Es blieb bei der Formel, mit den jeweils «wirksamsten erscheinenden Mitteln» in den verschiedenen Ländern Europas gegen den Krieg einzutreten. Krönender Abschluss des Grossanlasses bildete die vom Basler Arbeiterinnenverein organisierte Frauenversammlung. Sie war derart gut besucht, dass zahlreichen Personen der Eintritt in den Saal verwehrt blieb.

Hoffnungsschimmer im Kriegstreiben

Der Basler Friedenskongress markierte zweifelsohne einen Höhepunkt der Zweiten Internationale. In Basel präsentierten sich die führenden Sozialisten trotz Meinungsdivergenzen über die Mittel zur Kriegsprävention als geschlossene Bewegung, die sich energisch für den Erhalt des Friedens einsetzte. Bereits eine Woche zuvor hatten in zahlreichen europäischen Städten mehr als 300 000 Personen an sozialistischen Friedenskundgebungen teilgenommen. Auch im Anschluss an den Basler Kongress kam es zu verschiedenen Massendemonstrationen in ganz Europa. Die ständige Agitation zeigte letztlich Wirkung, denn der von der Zweiten Internationale eingeforderte Friedensgedanke fand nicht nur in sozialistischen Kreisen breiten Anklang. Die Kritik am Wettrüsten und am imperialistischen Ex-

pansionsdrang der Grossmächte wurde salonfähig. Einfache Arbeiterinnen und Arbeiter erkannten, dass die Proletarier aller Länder die Hauptlast eines bewaffneten Konfliktes zu tragen hätten. In den Monaten nach dem Basler Friedenskongress kam es denn auch zu verschiedenen Gesprächen zwischen europäischen Parlamentariern, die den drohenden Krieg zwischen den europäischen Mächten abzuwenden versuchten.

Der Basler Friedenskongress markierte zweifelsohne einen Höhepunkt der Zweiten Internationale.

Dennoch war der pazifistische Hoffnungsschimmer nur von kurzer Dauer. Im August 1914 stand ganz Europa im Kriegsrausch. Der Versuch der Zweiten Internationale, an die Solidarität der europäischen Arbeiterschaft zu appellieren, misslang kläglich. Die deutschen Sozialdemokraten standen ihrem Kaiser bei und schenkten dem angeblichen Defensivkrieg gegen Russland Glauben. In Frankreich wie auch anderswo eilten Arbeiter in Scharen zum bewaffneten Kampf gegen die verbündeten Kaiserreiche in Mitteleuropa. Was war geschehen? Abseits vom Wettrüsten und dem Imperialismus war die Arbeiterschaft in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg sukzessive in die bürgerliche Gesellschaft integriert worden. Im deutschen Kaiserreich schufen zuvor noch nie gekannte Sozialversicherungen Loyalitäten zum Staat. Auch das ganze Vereins- und Organisationswesen band die sozialistische Bewegung an die Nation. Nicht zuletzt war dieses Verbandswesen durchdrungen vom militarisierten Zeitgeist der Belle Époque. Ob Arbeiter- oder bürgerliche Turnvereine, sie alle

PUBLIKATION



Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe und Frithjof Benjamin Schenk (Hg.): Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität. Basel: Christoph Merian Verlag, 2012, 288 Seiten, 50 Abbildungen, CHF 29.-/€ 24.-, ISBN: 978-3-85616-571-0

Erscheint im November

VERANSTALTUNGEN

- **Podiumsdiskussion**, SP Basel-Stadt, 22. November, ab 20 Uhr, Details folgen
- **Gedenkfeier der SP Schweiz** im Basler Münster, 24. November, 14–15 Uhr
- **Wissenschaftliche Tagung: Krieg & Frieden**. 100 Jahre Ausserordentlicher Kongress «Gegen den Krieg» der sozialistischen Internationale von 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute, Universität Basel, 22. bis 24. November.
→ www.basel1912-2012.ch.

Friedenskongress

Norbert Aeppli, Switzerland



Rund 10 000 Personen marschierten am 24. November 1912 von der Kaserne zum Münster und hielten dort eine Friedenskundgebung ab.

übten sich etwa in militärischen Fertigkeiten am Barren, Reck oder Ring.

Schnee von gestern?

Derartige im gesellschaftlichen Leben verankerte Verhaltensmuster ebneten den Boden für den Ersten Weltkrieg. Sie erklären dessen Ausbruch ebenso sehr wie die Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers in Sarajewo oder die Grossmachtspolitik der führenden europäischen Staaten. Das verkannten damals die führenden Sozialisten. Ihre Erklärungen beschränkten sich zwar nicht zu Unrecht auf wirtschaftliche und politische Faktoren, die im Kampf um Ressourcen, Rohstoffe und politische Macht unausweichlich zum Krieg führen mussten. Ausserdem hatten sie die Geringschätzung der «kleinen Leute» durch die bürgerlichen und aristokratischen Machthaber

erkannt. Denn was war dem deutschen Kaiser das Leben eines Proletariers schon wert? Nicht mehr als Kanonenfutter sah er in ihm.

Erfreulicherweise sind heute in unseren Graden diese Denk- und Verhaltensmuster für die Politik nicht mehr massgebend. Sie mussten aber zuerst erkannt werden, damit sie die Gesellschaft entsprechend wahrnehmen konnte. Hierzu ist der Blick auf historische Ereignisse wie den Basler Friedenskongress unabdingbar. Die Marsch- und Fahnenkultur der Demonstrierenden war zum Beispiel Teil der sich in den Jahrzehnten vor und nach 1900 ausweitenden bürgerlichen Gesellschaft. Sie durchdrang die sozialen Barrieren und band die Arbeiterschaft in die nationale Kultur ein. Doch auch der bereits 1912 von Jaurès oder Grimm gerügte Zusammenhang zwischen Wirtschaft, Militär und Politik lässt Erkennt-

nisse zu, die heute weiterhin aktuell sind. In Europa herrscht zwar Frieden, doch Waffen werden weiterhin produziert. Wohin gehen sie? Und warum? Der Basler Friedenskongress stellte eine institutionalisierte Form der friedlichen Konfliktprävention dar. Diese Form hat dank den Sozialisten (zwar nicht immer) Schule gemacht und dürfte in Zukunft mehr und mehr an Boden gewinnen, umso mehr, als die militärischen Interventionen in den letzten zwei Jahrzehnten (Südosteuropa, Irak, Afghanistan) weitgehend gescheitert sind.



Pascal Maeder ist Assistent am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Basel.

KNALLROT

Yvonne Feri

ist Nationalrätin AG und neue
Co-Präsidentin der SP Frauen
Schweiz

**Darf ich mich vorstellen?**

Ich bin die neue Deutschschweizer Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz, wohne im Kanton Aargau, bin 46 Jahre alt und arbeite als Gemeinderätin (Exekutive) und Nationalrätin. Während zehn Jahren war ich im kantonalen Parlament und habe schon in den verschiedensten Vorständen und Gremien mitgearbeitet. In meiner politischen Arbeit habe ich mich stets für Frauenanliegen und Gleichstellungspolitik eingesetzt. So habe ich etwa als Kantonsrätin in einem Postulat ein Gender Budgeting und ein Gleichstellungskonzept für die aargauische Verwaltung verlangt.

Sensibilisiert für dieses Engagement hat mich meine eigene Lebensgeschichte: Ich wuchs in einem unruhigen Umfeld auf und entschied mich für einen typisch weiblichen Beruf. Ich heiratete jung und stand sehr bald mit zwei kleinen Kindern alleine da. Als Alleinerziehende war ich mit vielen Vorurteilen konfrontiert und erfuhr persönlich, welche Benachteiligungen Frauen nach wie vor vorfinden.

Als Präsidentin der SP Frauen möchte ich in einigen Bereichen Schwerpunkte setzen: Ganz oben auf meiner Prioritätenliste stehen die Einführung von flexiblen Arbeitszeitmodellen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Interesse von Frauen in Schwellenländern gilt es die Regierungen immer wieder aufzufordern, die Menschenwürde für alle zu wahren, den Schutz der Frauen zu stärken und den Zugang zu sanitären Anlagen und Wasser zu ermöglichen. Im Zentrum meiner politischen Arbeit steht die Gleichstellung von Frauen und Männern. Ich stehe als Co-Präsidentin der SP Frauen für die Anliegen von Frauen ein. Die Frauen stellen ihre Forderungen – erfüllt werden können sie nur, wenn Frauen und Männer zusammen in die gleiche Richtung gehen. Es ist mir ein Anliegen, dass die SP Schweiz die SP Frauen als wichtige und gleichwertige Partnerin anerkennt.

Leider fehlt uns noch eine engagierte Frau aus der lateinischen Schweiz als zweite Co-Präsidentin – ich hoffe sehr, dass das Präsidium der SP Frauen möglichst bald ergänzt werden kann.

Ich freue mich auf die Arbeit, die Zusammenarbeit mit allen Interessierten und auf neue Ideen, Visionen und Projekte. Wo immer ich politisiere, die Anliegen der Frauen sind mir stets präsent. Vielen Dank für euer Vertrauen!



Immer öfter tauchen Bakterien auf, die gegen alle bekannten Medikamente resistent sind.

Stumpfe Waffen

Wer im Spital einen Infekt aufließt und klagt, hat kaum Chancen auf Entschädigung. Die Beweisführung ist zu schwierig.

Sie verbreiten sich heimlich, still und stetig, die antibiotikaresistenten Bakterien. Infizierte Menschen müssen lebenslang mit den Folgen leben, zum Teil sogar damit, dass es keine Hoffnung auf Heilung gibt. Eine Freundin von mir ist eine von ihnen. Sie wurde von einem Bakterium befallen, das resistent ist gegen jede Art von Antibiotika, die heute zur Verfügung stehen.

Sie hatte es nie einfach. Aber sie trug ihre Aufgaben und Lasten mit einer gesunden Portion Humor und Schicksalsergebenheit. Bis zu jenem Tag, als sie wegen einer einfachen Operation ins Spital musste. Sie überstand den Eingriff gut, für die Ärzte war es Routine. Der Heilungsprozess verlief aber alles andere als normal. Die Wunde wollte sich nicht schliessen, die Schmerzen nicht mehr nachlassen.

Wieder daheim, nahmen ihre Kräfte und auch die Beweglichkeit der operierten Schulter ab. Der Grund: ein Infekt. Mittlerweile kann sie ihren Rollstuhl nicht mehr selber in Bewegung bringen und je länger, je mehr ist sie auch daheim auf fremde Unterstützung und Pflege angewiesen. Doch wer soll das bezahlen? Ihre IV-Rente reicht dazu bei weitem nicht aus. Sie kämpft, klagt das Spital ein, weil sie überzeugt ist, den «Käfer», der ihr Gelenk langsam zerfrisst, dort aufgelesen zu haben. Doch der Rechtsstreit zieht sich hin, jahrelang. Sie setzt alle Hebel in Bewegung – umsonst. Es nützt alles nichts. Die Beweisführung ist zu schwierig.

Beweislast umkehren

Heute kommt ein Spital für Schäden dieser Art nur dann auf, wenn die Patientin eine Verletzung der ärztlichen Sorgfaltspflicht geltend

machen kann. Das ist für Betroffene praktisch unmöglich. Nur eine Umkehr der Beweislast könnte helfen. Damit müsste das Spital beweisen, dass es alle Massnahmen zur Vermeidung nosokomialer Infektionen – so heisst das im Fachjargon – getroffen hat. Aber trotz seiner Zusicherung, die Patientenrechte stärken zu wollen, lehnt der Bundesrat einen Vorstoss betreffend die Umkehr der Beweislast mit juristischen Argumenten ab.

So kann es nicht weitergehen. Für Menschen wie meine Freundin und viele andere muss sich endlich eine Unterstützung finden, etwa im Rahmen des Opferhilfegesetzes. Damit den Opfern medizinischer Schäden oder Fehlleistungen viel rascher als heute tatsächlich geholfen werden kann.

Aber es braucht noch mehr. Wollen wir verhindern, dass immer mehr Menschen Resistenzen gegen Antibiotika bilden, muss der Einsatz solcher Medikamente in der Tier- und Humanmedizin dringend auf ein vertretbares Minimum reduziert werden. Ich bin froh, dass sich der Bund bereit zeigt, erste Massnahmen in diesem Sinne zu treffen.

Der Kampf gegen die gefürchteten Spitalinfektionen ist seit längerem lanciert. Viele Spitäler arbeiten daran, aber noch immer fehlt die verbindliche Umsetzung der vom Parlament längst beschlossenen Strategie zur Qualitäts- und Patientensicherheit.

Bea Heim

ist Nationalrätin SO



GENOSSEN

Andrea Bauer ist dafür verantwortlich, dass zehnmals im Jahr ein «links» erscheint.



Spätsommerlektüre

Im Sommer macht das «links» Pause und die Redaktion kann sich ausgiebig dem Lesen widmen.

«Mittelreich» war meine diesjährige Sommerlektüre. Auch wenn sie der Stimmung wegen eher in den Herbst gepasst hätte. Es ist eine Familiensaga, die drei Generationen und fast ein Jahrhundert deutsche Geschichte umspannt. Ort des Geschehens ist eine Seewirtschaft am Starnberger See in Bayern.

Der älteste Sohn der Familie kehrt mit einer Kugel im Kopf aus dem Ersten Weltkrieg zurück, und so muss Pankraz, der Jüngere, die elterliche Seewirtschaft übernehmen. Doch dieser hadert mit seinem Erbe. Viel lieber als Wirt und Bauer wäre er Künstler. Pankraz fügt sich jedoch und lebt fortan ganz recht vom Geerbt. Man ist «mittelreich», und es gehört zum guten Ton, dass der Sohn auf ein katholisches Internat geschickt wird. Semi, der Sohn, der übrigens als Erzähler durch das Buch führt, geht im Internat durch die Hölle und verzeiht seinen Eltern nicht, was sie ihm aus reinem Dünkel angetan haben.

Fast vierhundert Seiten lang bewegt sich der Fokus des Buchs kaum von der Seewirtschaft weg. Dafür kommen aller Gattung Leute vorbei und bringen den Fortgang der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts mit zum Starnberger See: Zwangsarbeiter und Flüchtlinge, Prominente wie der bayrische Kronprinz, Gastarbeiter, Soldaten, berühmte Künstlerinnen und Künstler, ein

Hermaphrodit, Kommunisten und Hippies. Aber nicht nur skurrile Figuren, sondern auch Gegenstände versinnbildlichen den Lauf der Zeit: So kommt die Seewirts-Familie nacheinander in den Besitz eines Musikkombischranks inklusive Schellackplatten, eines Fernsehers, eines Autos, eines Traktors und einer Mähmaschine.

Josef Bierbichler, der Autor von «Mittelreich», schafft es in diesem Buch immer wieder, mit ganz wenig Worten ganz viel Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts auszurollen – von den beiden Weltkriegen über die Nachkriegszeit und das Wirtschaftswunder bis hin zu den 68ern und zum Ende des Kalten Kriegs. Aus diesem Grund hat «Mittelreich» es mir ganz besonders angetan. Und natürlich auch wegen der kraftvollen, derben Sprache. Und Textstellen wie dieser, an der sich Pankraz – nicht eben ein linker Geist – Gedanken zum Thema Erben macht: *Ich selbst hätte in dieser kurzen Lebenszeit niemals diesen Reichtum anhäufen können, über den ich verfüge. Also muss da doch etwas nicht gebührend beachtet und geachtet worden sein. Ich weiss, dass ich durch Erbschaft zu diesem Reichtum gekommen bin. Aber ist das denn gerecht, wenn andere arm sind, nur weil sie nichts geerbt haben, und ich reich bin, weil ich geerbt habe? Dafür kann ich doch nichts, dass ich rein zufällig Erbe bin.*



Josef Bierbichler:
«MITTELREICH».
Roman.
Suhrkamp Verlag,
Berlin 2011.
392 S.

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an

andrea.bauer@spschweiz.ch

Neu im Zentralsekretariat

Neu und doch kein unbekanntes Gesicht – nach einer einjährigen Pause ist **Christina Klausener** für vier Monate zurück im Zentralsekretariat. Damit ist bewiesen, dass sich ein Praktikum bei



der SP Schweiz definitiv lohnt (oder dass der Kaffee an der Spitalgasse eben doch der beste ist): Als Praktikantin in der Abteilung Kampagnen und Kommunikation vor vier Jahren gestartet, hat Christina anschliessend mit Patrick Angele und Miriam Dürr die Kampagne

der Cleantech-Initiative geleitet und arbeitet nun als Projektleiterin im Zentralsekretariat. Mit dem druckfrischen Masterabschluss in Medienwissenschaft und Geschlechterforschung in der Tasche, wird die 25-Jährige in den kommenden vier Monaten von Basel nach Bern pendeln und die Kampagnen- und Kommunikationsarbeit für die SP Frauen leisten. Und zu tun gibt es viel: Nebst einer neuen Webseite wird es eine Mitgliederumfrage und einen neuen Masterplan für die kommenden Jahre geben – alles zu Gunsten eines neuen, zeitgemässen Feminismus. Und mit dem Wissen, dass eine Sozialdemokratie ohne Frauenbewegung nur eine halbe ist. Wer mit Christina im Sekretariat einen Kaffee trinken möchte, sollte entweder an einem Dienstagnachmittag oder an einem Mittwoch vorbeischaun.

Seit **Antonio Danuser** letzten Monat sein Praktikum auf dem Zentralsekretariat begonnen hat, hat sich einiges verändert. Anfang August sass er fast alleine in Büro, während die meisten an-



deren ihre wohlverdienten Ferien genossen. Letztes Wochenende am Parteitag in Lugano dann sass er mit 600 Genossinnen und Genossen im Saal. Dazwischen hat er bereits das ganze Themenspektrum kennen gelernt. Als nächster

Zwischenspur stehen nun die Abstimmungen vom 23. September an – mit einer davon hat er sich schon beim Verband Zürcher Musikschulen beschäftigt. Da er sich in der Freiplatzaktion Zürich für die Rechtshilfe bei Asyl und Migration engagiert, war die Parteitagsdebatte zum Migrationspapier für ihn sehr interessant. Laut Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist es sehr wichtig, dass mit der Beschleunigung der Asylverfahren auch die Rechtshilfe gestärkt wird. Dies ist in vielen Teilen der Schweiz noch nicht Realität, deshalb brauchen alle Rechtshilfe-Organisationen eure Unterstützung! Für eine Rechtshilfe für alle statt für wenige, die es sich leisten können.

ROTSTICH

Als ich Schawinski verklagen wollte

Eigentlich wollte ich es gar nicht sehen. Aber der kleine Voyeur in mir zappte sich dann doch wie von Zauberhand zum bei mir auf Speicherplatz 23 gestrandeten SF1 durch, um zu sehen, wie sich Schawinski am älteren der Blocher-Brothers verbal verlustiert. In Erwartung eines medialen Gemetzels liess ich die ersten paar Minuten auf mich wirken und erinnerte mich – leicht beklemmt – an Artikel 12 des Genfer Abkommens, der besagt, dass die «Angehörigen der bewaffneten Kräfte [...], die verwundet oder krank sind, unter allen Umständen geschont und geschützt werden [sollen]».

Da Gerhard gerne mit kerniger Kriegsrhetorik und seinem Sackmesser um sich schlägt, ist er zweifellos den «bewaffneten Kräften» zuzurechnen. Die Feststellung, dass er nicht ganz gesund sein kann, traue ich mir zu – auch wenn ich ebenso wenig Dr. med. bin wie Yvette Estermann. «Der Schawinski gehört vor Gericht gezerrt!», durchfuhr es mich. Oder an seiner statt halt SF SRF SRG SSR RTR RTS RSI idée suisse. Wobei Ersterer Zweitere ja gerade selber beklagt, da sie ein Senderlogo erfunden haben, das er schon viel früher erfunden haben will.

Doch je länger sich die dreissig Minuten Sendezeit unbarmherzig und dickflüssig dahinzogen, desto mehr verlagerte sich mein Mitleid zum braungebrannten der beiden Herren. Ausser gefühlte 32 Mal «Aber das ist doch unerträglich!» einzuwerfen, hatte Roschee der Hallauer Naturgewalt («ich habe einen miserablen Charakter»), die seine hilflosen Fragen mit «Falsch, alles falsch!» atomisierte, nichts entgegenzusetzen.

Und ja, genau das war die Sendung – einfach unerträglich. Und so entschied ich mich – verwirrt und unentschlossen, wer denn nun eigentlich Opfer war – die ohnehin überlasteten Gerichte zu schonen, und stattdessen einen Schnaps zu trinken. *Cüpli-Sozi*

GESEHEN



Der letzte weisse Fleck ist rot! Am 17. August erhielt Appenzell Innerrhoden als letzter Schweizer Kanton eine SP. Martin Pfister, Präsident; Jacqueline Fehr; Simon Schmidt, Vizepräsident; Mariët Baumann-Ploos van Amstel, Vizepräsidentin; Marc Hoerler, Vizepräsident; Cédric Wermuth (es fehlt Daniela Mittelholzer, Vizepräsidentin).

LESERBRIEF

Zu viele «Röhren»

Ich bin SP-Mitglied und verfolge seit Jahrzehnten die Diskussionen um die Verkehrsplanung. Der erste Schildbürgerstreich war das Y bei der Sihlmündung in Zürich. Ein Stück Autobahn unter dem Hauptbahnhof wurde gebaut – völlig nutzlose Millionenkosten. Das Autobahnstück zwischen Egerkingen und Oftringen, das der A1 und der A2 dient (anstelle eines Autobahnkreuzes), war der zweite. Der dritte die 2-spurige Autobahn dem Walensee entlang, was dem See zu Recht den Namen «Qualensee» eingetragen hat.

Der vierte die Autobahn durch den Bremgartenwald bei Bern mit der anschliessenden Autobahn-sprungchance in den Genfersee. Nur weil es nicht sein durfte, dass die neue N1 der alten Hauptstrasse entlang über Langenthal–Murtten–Yverdon führt.

Der fünfte Streich betrifft die Autobahn auf der Bergseite des Bielersees, deren Anbindung wohl noch Jahre Kopferbrechen, Milliardenkosten und eine faktische Stadtzerstörung Biels zur Folge haben wird. Nur weil die Pintliwirte in Twann sich davon Umsatz-zuwächse versprochen und sich Gehör zu verschaffen wussten. Der Gipfel dieser Planungskatastrophen ist zweifellos die eine Gotthardröhre. Alle haben sie etwas gemeinsam: Man plante nicht ver-

nünftig, sondern politisch durchsetzbar. Man schmürzelte, bis die einen bekamen, was sie wollten, und es den anderen nicht mehr wehtat. Die Schildbürgerstreiche haben noch etwas gemeinsam: Die Fehler werden korrigiert, was meist ein Vielfaches der Bausumme kostet. Aber Fehler korrigieren ist politisch offenbar besser akzeptiert als keine machen.

Die Verlagerung des MIV auf den öV ist eine Frage des Preises. Wer für die Verlagerung von MIV und LSV auf die Schiene ist, muss den Preis des öV senken. Die SBB tun das Gegenteil und bauen die Cargo-Leistungen massiv ab. Wo bleibt da die SP, die Verkehrskommission des Nationalrats?

Wer die Alpeninitiative umsetzen will, muss die Schadstoffproduktion drosseln. Das geschieht mit Sicherheit nicht in den Staus im Urnerland und in der Leventina. Der fliessende Verkehr ist das kleinere Übel als der stehende.

Die Röhren am Gotthard sind ein Nebenschauplatz. Die Frage muss vielmehr sein: Wie kann der bestehende und vielleicht trotz allem in Zukunft weiter zunehmende Strassenverkehr besser gelenkt werden? Das geschieht nicht in Göschenen, indem dort bei Stau die Autobahnausfahrt geschlossen wird. Sondern da, wo die Strassenbenützer entscheiden, ob sie Gotthard, San Bernardino

oder Lötschberg befahren – also bei Olten oder spätestens bei Rotkreuz. Sollte es denn bei der einen Röhre am Gotthard bleiben, kann man gleich die Zufahrten auf zwei Spuren verengen. Denn entweder schliesst man den Gartenschlauch gar nicht an den Wasserhahn oder man sorgt dafür, dass das Wasser fliessen kann. Macht man aber in der Mitte einen Knoten, platzt er irgendwann. Verkehrsfluss hat auch mit Hydraulik zu tun.

Klar, ich höre alle Wenn und Aber gegen eine eindeutige Lösung. Und ich weiss, dass sich die Schweiz einen Rückbau der A2 auf zwei Spuren zwischen Rotkreuz und Bellinzona schon aussenpolitisch gar nicht leisten kann. Vom innenpolitischen Giezege-danner gar nicht zu reden. Aber wenn wir schon wissen, dass der Schlauch ohnehin platzen wird, wenn wir jetzt am Loch herumdoktern: Ist es dann nicht gescheiter, schon jetzt einer durchgehenden A2 mit zwei Röhren (sogar einem Autobahnkreuz bei Egerkingen oder Oftringen) zuzustimmen und eine Verlegung der Bielersee-Autobahn auf die andere Seeseite zu verlangen und «dafür» eine breite Unterstützung für die massive Förderung des öV zu erlangen?

Das wäre doch eine Lösung für alle und nicht bloss für wenige.

Stimme von der Basis: Martin Fröhlich

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

In folgenden Seminaren sind noch einige Plätze frei.

D2.1.1213

Welche Wahrheit schreibt die Zeitung

25.9.2012 in Ostermundigen/Bern
Themenwahl und Gewichtung, Folgen der Medienkonzentration auf wenige grosse Verleger. Referent: Thomas Zimmermann (SGB)

D2.1.1210

Rassismus hat viele Gesichter – wie gehen wir damit um?

23.–24.10.2012 in Thun
Hintergründe und Ursachen von Rassismus, Diskriminierung am Arbeitsplatz, persönliche Handlungsmöglichkeiten und gewerkschaftliche Massnahmen. ReferentIn: Rita Schiavi (Unia), Alex Sutter (Humanrights.ch)

D2.1.1208

Fair Trade – gerechter Lohn für harte Arbeit

24.10.2012 in Zürich
Ziele des fairen Handels, Fair-Trade-Produkte, Standards und Kontrollen, Tipps für Konsumentinnen und Konsumenten allgemein und mit Fokus auf den Textilsektor. ReferentInnen: Andrea Hüssler (EvB), Christa Lugin-

bühl (EvB), Sonja Ribl (Swiss Fair Trade), Markus Staub (Max-Havelaar-Stiftung Schweiz)

D2.2.1202

Einführung ins Arbeitsrecht

25.–26.10.2012 in Ostermundigen
Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamtarbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit, Kündigung, Gleichstellung. Referent: Thomas Gabathuler (Rechtsanwalt)

D2.5.1201

Bewerbungsdossier optimieren

22.–23.11.2012 in Olten
Ablauf einer Bewerbung, Inhalt des Bewerbungsdossiers, Stelleninserate interpretieren, Bewerbungsbrieft, Lebensläufe, Vorstellungsgespräch. Referent: Christoph Dengler (S&B Institut)

Die Kosten für Gewerkschaftsmitglieder werden meistens von der Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif. Weiter kann bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Telefon 031 329 69 91) finanzielle Unterstützung beantragt werden. Die Anmeldung erfolgt online: www.movendo.ch, Mail: info@movendo.ch, Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71

AGENDA

24. November

Gedenkfeier
100 Jahre sozialistischer Friedenskongress
in Basel

30. November

Koordinationskonferenz der SP Schweiz
in Thun

1. Dezember

Delegiertenversammlung der SP Schweiz
in Thun

www.spschweiz.ch

Das Volk hat «Basta» gesagt



Silva Semadeni
ist Nationalrätin aus dem Kanton Graubünden.

Am 11. März 2012 hat das Volk «Basta!» gesagt. Es muss endlich Schluss sein mit dem ausufernden Zweitwohnungsbau, mit Bodenspekulation und Zubetonierung der Landschaft. Innovative Hotels und Pensionen sollen wieder eine Chance erhalten. Sie bringen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in die Region. Trotzdem sprachen die Gegner der Zweitwohnungsinitiative am Abstimmungsabend von einem «rabenschwarzen Tag für das Berggebiet».

Doch was ist seit dem Abstimmungssonntag geschehen? Bergauf und bergab wird gehämmert und gezimmert, in den Amtsblättern sind seitenweise Baugesuche publiziert, als ob Euro- und Tourismuskrise nur ein Gespenst wären. Ein empörter Bürger beschwert sich: «Seit der Abstimmung ist ein gefährliches Vakuum entstanden. Die Gegner der Initiative haben es dazu benützt, um deren Ziele zu durchlöchern und jede Menge von Sonderinteressen anzumelden, damit der Zweitwohnungsbau fast wie gehabt weitergeführt werden kann. Es wurde lobbyiert, Allianzen geschmiedet und Gruppen gebildet, die mit schwerem Geschütz aufgefahren sind, um den kompromisslosen Vollzug der Initiative zu verhindern.» Tatsächlich hat der Bundesrat Ende August eine verwässerte, mit Ausnahmen und Schlupflöchern gespickte Verordnung beschlossen, die zudem erst auf den 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Der Bundesrat hat vor Baulobby, Spekulanten und Bergkantonen einen Kniefall gemacht und das Uvek desavouiert. Die gleichen Kantone und Gemeinden, welche die Initiative vehement bekämpft haben, sind nun verantwortlich für deren Umsetzung und die Bekämpfung von Missbräuchen.

Zum Glück wird das Bundesgericht bald prüfen, ob die getroffenen Regelungen verfassungskonform sind. Bald muss auch ein Ausführungsgesetz her. Wenn das Parlament auf dem Verwässerungsweg bleibt, droht das Referendum. Wir werden dafür kämpfen, dass die Demokratie nicht mit Füssen getreten wird.

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Leyla Gül (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

mueellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7.9.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 29.10.



NACH MIR DIE DÜRRE.

Wer Wasserquellen rücksichtslos ausbeutet,
nimmt anderen die Lebensgrundlage.
Helfen Sie uns, dafür zu sorgen, dass Wasser
in Entwicklungsländern gerecht verteilt wird.

www.helvetas.ch



Jetzt per SMS 30 Franken spenden:
Wasser 30 an 488.



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt

Unterstützt durch  **GEBERIT**